

Rede von Nils Schmid auf dem Landesparteitag der SPD Baden-Württemberg am 22.01.2011 in Stuttgart

Es gilt das gesprochene Wort

Die Zeit für den Wechsel ist gekommen

Liebe Genossinnen, liebe Genossen,

erinnert ihr euch noch an den 27. September 1998?

Erinnert ihr euch noch an das Gefühl, als um 18.01 Uhr feststand: Helmut Kohl ist abgewählt?

Erinnert ihr euch noch an das Gefühl des Aufbruchs nach schier endlosen Jahren des Stillstands? Ich erinnere mich noch gut daran.

Helmut Kohl war damals 16 Jahre Kanzler- insgesamt 5840 Tage.

Am 27. März regiert die CDU in Baden-Württemberg seit fast 58 Jahren. Liebe Genossinnen, liebe Genossen, das sind 20997 Tage. Erinnert euch daran, wie ihr euch nach 16 Jahren Kohl gefühlt habt. Und jetzt stellt euch vor, wie es sich anfühlen wird, wenn wir die Schwarzen am 27. März in die Opposition schicken. 20997 Tage sind genug. Und auch deshalb freue ich mich ganz besonders, dass unser Freund Kurt Beck heute hier ist. Denn die Rheinland-Pfälzer haben es uns einst vorgemacht. Auch bei Ihnen hat die Union 44 lange Jahre regiert. Auch bei ihnen schien der Wechsel jahrzehntelang utopisch. Und auch bei ihnen wurde er dann Wirklichkeit. Lieber Kurt, schön, dass Du heute bei uns bist.

Doch bevor wir feiern, müssen wir kämpfen. Kämpfen für Fortschritt. Kämpfen für Gerechtigkeit. Kämpfen, um zu gewinnen.

Die CDU sieht Baden-Württemberg nach 6 Jahrzehnten an der Macht als ihr Privat-Eigentum. Wir werden den Menschen ihr Land zurück geben.

Unser Land steht vor der wohl wichtigsten Wahl seit seiner Gründung. Und wenn trotzdem irgendjemand heute sagt, dass es sich nicht lohnt zu kämpfen; Dass Politik nichts

verändern kann; Dass alle Parteien gleich sind; dann schaut euch an, was am 27. März in Baden-Württemberg zur Wahl steht:

Zukunft oder Vergangenheit.
Solidarität oder Spaltung.
Transparenz oder Filz.
Dialog oder Alleinherrschaft.
Integration oder Ausgrenzung.
Gleichstellung oder Herdprämie.
Atomausstieg oder Laufzeitverlängerung.
Bürgerversicherung oder Kopfpauschale.
Verfassungstreue oder Vetterleswirtschaft.
Mindestlohn oder Dumpinglohn.
Bildung für alle oder Bildung für Reiche.
Rot-Grün oder Schwarz-Gelb.
Schmid oder Mappus.

Wir haben die historische Chance, den Wechsel Wirklichkeit werden zu lassen. Es liegt in unserer Hand. Diskutieren wir bei unserem nächsten Parteitag, warum es nicht geklappt hat? Oder kommen wir dann zusammen, um das Regierungsprogramm, das wir heute diskutieren und beschließen werden, in die Tat umzusetzen?

Ich bin überzeugt: Wenn wir zusammen stehen, wenn wir Seite an Seite kämpfen, wenn wir alle daran glauben, wird der 27. März 2011 wie der 27. September 1998 in die Geschichte eingehen. Denn die Zeit für den Wechsel ist gekommen.

Liebe Genossinnen und Genossen, gab es jemals eine Regierung, die es mehr verdient hat abgewählt zu werden, als Schwarz-Gelb? Gab es jemals eine Regierung, die so schnell so viel Vertrauen verspielt hat? Gab es jemals eine Regierung, die so schnell gezeigt hat, dass sie es nicht kann?

Schwarz-Gelb hat seine Chance gehabt - und vertan. Wer wissen will, was die Leute draußen von dieser Regierung halten, der muss nur mit ihnen reden. Vielleicht sollte Herr Mappus die Villa Reitzenstein auch mal wieder verlassen und genau das tun. Etwa mit der alleinerziehenden Verkäuferin, die bei ihm in Pforzheim 1000 Euro Brutto verdient. Die gerne Vollzeit arbeiten würde, aber keine Ganztagsbetreuung für ihre zweijährige Tochter findet. Vollmundig hat Schwarz-Gelb ihr vor der Bundestagswahl „Mehr Netto vom Brutto“ versprochen. Die Wirklichkeit sieht anders aus. Die Beiträge zur Krankenversicherung sind gestiegen. Die junge Frau muss jetzt mehr für Gesundheit aufbringen, ihr Chef zahlt weiter das Gleiche. Unterm Strich hat sie am Jahresende damit fast 50 Euro weniger in der Tasche. Das mag für die Klientel vom Dreikönigstreifen ein Klacks sein. Für die junge Mutter ist es der Unterschied zwischen einer neuen Winterjacke und keiner neuen Winterjacke.

Oder vielleicht sollte er die Bürger fragen, denen CDU und FDP jetzt die Erhöhung des Arbeitnehmerpauschbetrags als große Entlastung verkaufen wollen. Für einen Beschäftigten, der im Jahr brutto 20 000 Euro verdient, bringt das gerade einmal 21 Euro. Die zum 1. 1. erhöhten Sozialversicherungsbeiträge kosten ihn aber 80 Euro. Für immer mehr Menschen klingt „Mehr netto vom Brutto“ heute verdächtig nach „Versprochen-Gebrochen“.

Doch damit hört es nicht auf. Weitere Griffe in den Geldbeutel sind vorprogrammiert. Die Zusatzbeiträge für die Krankenversicherung werden weiter steigen. Denn Schwarz-Gelb hat den Arbeitgeberanteil auf Dauer eingefroren. Das Ergebnis: Die Versicherten müssen alle künftigen Kostensteigerungen alleine tragen. Das ist die Einführung der Kopfpauschale durch die Hintertür.

Er könnte sich auch einmal in den Wartezimmern im Land umhören. Vielleicht würde er dann erfahren, wie viel Angst die Menschen haben, zu Patienten Dritter Klasse zu werden. Er würde erfahren, wie viele Menschen sich aus Furcht, sonst nur die zweit- oder drittbeste Behandlung zu bekommen, gedrängt fühlen, Vorkasse zu leisten. Und vielleicht würde er sich dann darüber Gedanken machen, dass viele Versicherte auf Zusatzkosten sitzen bleiben werden, weil sie nicht wissen, was ihre Kasse erstattet und was nicht. Und vielleicht würde Mappus einem solchen Sozialabbau dann auch im Bundesrat nicht mehr jedes Mal zustimmen.

Würde er den Menschen zuhören, dann würde er Baden-Württemberg mit anderen Augen sehen. In den letzten Wochen sind viele Menschen auf mich zugekommen und haben gefragt, wie es denn jetzt weiter geht mit Hartz IV nach dem Verfassungsgerichtsurteil. Das betrifft Zehntausende Kinder und Jugendliche.

Und dann fragen sie mich, ob diese Regierung sie denn vergessen hätte. Doch die Wahrheit tut weit mehr weh, fürchte ich. Schwarz-Gelb hat sie nicht vergessen. Sie sind ihnen schlicht und ergreifend egal. Im letzten Jahr ist Mappus wie wild für die Verlängerung der AKW-Laufzeiten eingetreten.

Denn dieser Ministerpräsident kümmert sich um die Atomkonzerne, nicht um die Müllers, Meiers und Schmidts. Von den Aydins, Papadopoulous oder Babics ganz zu schweigen. Liebe Genossinnen und Genossen, wer den Menschen in Baden-Württemberg zuhört, der hört genau solche Geschichten. Geschichten mitten aus dem Leben. Geschichten von einer Gesellschaft, die immer weiter auseinander treibt. Geschichten von einem Gesundheitssystem, das zu einer Drei-Klassen-Gesellschaft umgebaut wird. Geschichten von Menschen, die darüber klagen, wie ihnen die Politik im Land das Leben schwer macht, wenn sie Beruf und Familie miteinander vereinbaren wollen. Geschichten der Angst vor sozialem Absturz, die sich bis tief in die Mittelschicht hinein gefressen hat.

Doch wer über Baden-Württemberg thront und nur von oben runter schaut, kann all das nicht sehen. Und der behauptet dann, dass seine Partei "überzeugt-mit klarer Linie, mit einer hervorragenden Bilanz und mit den richtigen Ideen und Konzepten für Baden-

Württemberg.“ Nachzulesen auf der Website von Stefan Mappus in einem Weihnachtsinterview. Geführt hat er es offensichtlich mit sich selbst. Ihr werdet vielleicht sagen, das ist doch ein unspektakuläres Zitat. Was soll er denn auch sonst erzählen? Aber ihr werdet das in den nächsten Wochen bis zur Landtagswahl noch oft hören. Die Schlagwörter: „Klare Linie. Das Land sicher aus der Krise geführt. Gute Bilanz“. Doch stimmt das auch? Lasst uns gemeinsam einen Faktencheck machen. Denn was falsch ist, wird auch durch Wiederholung nicht wahrer.

Eines muss man Mappus ja lassen. Er fährt einen klaren Kurs. Zick - Zack. Zick -Zack. Erst will seine Regierung schwere Straftäter nach ihrer Entlassung aus der Sicherungsverwahrung in einem leerstehenden Gefängnis in Wiesloch unterbringen. Dann rudert er zurück. Erst will er jüngere Beamte zu einer längeren Wochenarbeitszeit verdonnern. Dann begräbt er den Plan. In beiden Fällen hat erst massiver Protest und die Angst vor dem Wahltag zum Einlenken geführt. Ein kurzer Kommentar in den Stuttgarter Nachrichten vom 11. Januar, der treffend mit „Zick -Zack“ überschrieben ist, hat es auf den Punkt gebracht.

Ich zitiere:

„In der Landesregierung wird offenbar immer öfter der zweite vor dem ersten Schritt getan. Wer schwere Straftäter in einer Kleinstadt neben einer Schule einquartieren will, ohne die Gemeinde zuvor intensiv in die Planung einzubinden, beweist genau so wenig politisches Fingerspitzengefühl wie im Fall der Staatsdiener. Sie hatten einen Gehaltsverzicht angeboten und wurden dann vom Ministerpräsidenten mit der Forderung nach längerer Arbeitszeit düpiert“.

Was meint ihr? Eine gerade Linie sieht anders aus. Mappus wechselt seinen Kurs mittlerweile öfter als der VfB seinen Trainer, Lothar Matthäus seine Freundin oder Franz Beckenbauer seine Meinung.

Liebe Genossinnen und Genossen, lasst euch nicht erzählen, dass wir den heutigen Aufschwung Merkel oder Mappus zu verdanken hätten. In der Krise hat Mappus noch an Oettingers Stuhl gesägt und Angela Merkel hat verzweifelt zu Peer Steinbrück geschaut und gehofft, dass er eine Lösung findet. Und er hat eine Lösung gefunden. Es war der Sozialdemokrat Peer Steinbrück, der Deutschland als Finanzminister sicher durch diese Krise geführt hat. Es war der Sozialdemokrat Olaf Scholz, der mit der Kurzarbeiterregelung als Arbeitsminister verhindert hat, dass hier in Baden-Württemberg tausende Menschen ihren Job verlieren. Und es war der Sozialdemokrat Frank-Walter Steinmeier, der mit dem Konjunkturpaket die Wirtschaft stabilisiert hat.

Es waren Sozialdemokraten, die den Grundstein dafür gelegt haben, dass wir heute im Südwesten wieder das Wort Vollbeschäftigung in den Mund nehmen können. Dieser Aufschwung ist der Aufschwung von Gerhard Schröder, Peer Steinbrück, Frank-Walter Steinmaier und Olaf Scholz, darauf können wir stolz sein.

Und lasst mich einen Satz sagen zu den angeblichen Konzepten und Ideen. Die CDU schreibt in ihrem Programmentwurf unter der Überschrift „Beste Bildung für jedes Kind“ auf Seite 17: „Wir wollen, dass jedes Kind die hervorragenden Chancen nutzen kann, die Bildung in Baden-Württemberg eröffnet. Deshalb wollen wir noch mehr dafür tun, dass der Bildungserfolg nicht vom Elternhaus abhängt. Der Aufstieg durch Bildung muss in Baden-Württemberg für alle möglich sein.“ Guten Morgen! Sie regieren hier seit fast 60 Jahren. Sie halten krampfhaft am 3-gliedrigen Schulsystem fest. Sie machen Bildung durch die Studiengebühren zum Luxusgut. Wer will, dass Aufstieg durch Bildung Baden-Württemberg für alle möglich ist, hat am 27. März die historische Chance: Schwarz-gelb abwählen, SPD ankreuzen.

Ein kleines Beispiel: Meine Tochter Elif weiß noch gar nichts von ihrem Glück... In Zahlen: Die Chancen eines Akademikerkindes, auf das Gymnasium zu gehen sind fast 6 mal so hoch, wie die eines Facharbeiterkindes. Das ist nicht fair, das ist nicht richtig, das ist das Ergebnis schwarz- gelber Bildungspolitik. Baden-Württemberg ist in der Frage der Bildungsgerechtigkeit das Schlusslicht aller Bundesländer. Und die anderen hatten 58 Jahre Zeit, daran etwas zu ändern. Sie haben es nicht getan. Die Zeit für den Wechsel ist gekommen.

Die CDU ist verbraucht. Sie stellt Deals unter Freunden vor das Wohl unseres Landes. Wie beim EnBW-Deal. Mappus macht ein 5,9 Milliarden-Geschäft mit seinem Duz-Freund ohne Rücksicht auf das Parlament, die Verfassung oder die finanziellen Folgen. Nothelfer Mappus rettet dem alten Freund die Jahresbilanz; Notheis macht den Nothelfer für den von der Abwahl bedrohten Kumpel – es ist wie immer in BaWü: eine Hand wäscht die andere. All das hat nicht nur ein Gschmäcke, sondern dann stinkt es gewaltig nach Vetterleswirtschaft.

Noch schlimmer: Sie untergräbt das Vertrauen der Bevölkerung in die Demokratie. Mappus führt das Land in Zustände, wie wir sie sonst nur aus der Verfassungsgeschichte kennen. Wir brauchen keinen Ministerpräsidenten, der mental im 19. Jahrhundert zuhause ist; dieses Land braucht einen Ministerpräsidenten für das 21. Jahrhundert!

Die CDU ist verbraucht. Sie stellt den Erhalt ihrer Macht über das Wohl der Bevölkerung. Sie setzt ihre eigenen Interessen ohne Rücksicht auf Verluste durch. Dabei geht es um mehr als einen Bahnhof. Doch der Konflikt um Stuttgart 21 hat gezeigt, wohin es führt, wenn eine Regierung den Blick auf die Wirklichkeit verweigert. Wir haben aufgezeigt, dass nur eine Volksabstimmung einen solchen Konflikt wirklich lösen kann. Schwarz-Gelb hat sich diesem Weg der Vernunft verweigert, das Ergebnis haben wir am 30. September gesehen. Und egal ob man nun Befürworter oder Gegner des Projekts ist - ich weiß in unserer Partei haben beide ihre Heimat und darüber bin ich froh - die schrecklichen Bilder entsetzen uns alle noch heute. Eines steht fest: Mit mir als Ministerpräsident hätte es so etwas niemals gegeben.

Liebe Genossinnen und Genossen,

wenn ich vom Wechsel spreche, dann meine ich damit einen echten Regierungswechsel. Aber wir dürfen uns da nicht täuschen. Wenn wir die Union in Baden-Württemberg nach 58 Jahren, nach 20997 Tagen in die Opposition schicken, ist der Wechsel noch lange nicht vollbracht. Er kann dann beginnen. Ein Regierungswechsel ist die Chance, den Wechsel in Baden-Württemberg zu verwirklichen. Dafür kämpfen wir. Und deshalb sind wir hier heute zusammen gekommen, um unser Regierungsprogramm für die kommenden fünf Jahre zu beschließen.

Bei der Erarbeitung dieses Regierungsprogramms haben wir gezeigt, wie modernes Regieren in unserem modernen Land auch aussehen kann. Statt in Hinterzimmern zu diskutieren, haben wir unser Programm im echten Dialog mit den Menschen im Land entwickelt. Mit den Bürgerinnen und Bürgern. Mit den Organisationen. Mit den Firmen. Mit den vielen Verbänden im Land. Ihr alle habt die 100-Dialoge-Tour miterlebt. Unser Ziel war es, mit den Menschen ins Gespräch zu kommen und unsere Vorstellungen darzustellen. Vor allem aber wollten wir zuhören.

Auf über 100 Veranstaltungen im ganzen Land haben die Menschen eindrucksvoll bewiesen: Unser Land ist viel weiter als die noch amtierende Landesregierung denkt. Sie wollen eine Regierung, die unsere Gesellschaft wieder zusammen führt. Sie wünschen sich einen Ministerpräsidenten, der sie ernst nimmt und ihnen zuhört. Ihre Wünsche, ihre Sorgen und ihre Ideen sind die Grundlage dieses Programms. Dieses Programm kommt von den Menschen in Baden-Württemberg. Es beschreibt eine neue Politik für die Menschen in Baden-Württemberg. Und wir werden es gemeinsam mit den Menschen in Baden-Württemberg verwirklichen.

Größer könnte der Kontrast nicht sein. Wir haben unser Regierungsprogramm gemeinsam mit tausenden Menschen im ganzen Land entwickelt. Wir haben auf weit über 100 Veranstaltungen in allen 70 Wahlkreisen diskutiert. Wir haben nicht nur von Dialog gesprochen, wir haben ihn gemacht.

Auch die anderen haben daraufhin von Dialog gesprochen. Und ich möchte euch auch nicht vorenthalten, was sie darunter verstehen. Am 24. Juli letzten Jahres gab Mappus in Walldorf den Startschuss für seine Aktion „Ihre Idee fürs Land“. Das Konzept des ganzen: Die Leute sollten Vorschläge schicken. Fünf werden ausgewählt, nach Stuttgart eingeladen und dürfen dann gnädigerweise mit Mappus sprechen. Das klingt nicht nach Dialog auf Augenhöhe. Das klingt eher nach einer Audienz am Hofe.

Wer es noch nicht wusste, weiß es jetzt: Die CDU nimmt die Menschen im Land nicht ernst. Sie sieht in ihnen nur Stimmvieh, das am Ende eh wieder bei ihnen das Kreuzchen macht. Sie muss nur genug Geld in die Hand nehmen. Oder wie soll ich das Interview von Generalsekretär Strobl mit der Rheinischen Post vom Dezember anders deuten. Strobl antwortet darin auf die Frage „Legen Sie besonderen Wert auf die letzten Tage vor der Wahl?“ wie folgt:

Strobl: „Absolut. Das ist wie bei einer Olympiade: Du musst im Endspurt gut sein. Dieser Wahlkampf ist kein Marathon, sondern ein Ironman. Wir werden finanziell und personell in der letzten Woche alles in die Waagschale legen und am Ende Vollgas geben.“

Liebe Genossinnen und Genossen, versucht erst gar nicht, einen Sinn in dem Sportvergleich zu finden. Ich kann euch beruhigen, es gibt keinen. Selbst bei besten Beziehungen zum SWR wird Strobl nach dem 27. März keine Zukunft als Sportreporter haben. Doch darum geht es hier nicht. Hier geht es um einen Mangel an Respekt vor den Wählerinnen und Wählern in diesem Land. Und täuscht euch nicht. Die CDU wird eine Materialschlacht sondergleichen veranstalten. Und dennoch wird sie diese Wahl verlieren. Denn wir stellen Substanz gegen Phrasen. Wir stellen Überzeugungen gegen Millionenbudgets. Und wir stellen eine Idee, deren Zeit gekommen ist, gegen eine Regierung deren Zeit abgelaufen ist. Und daran werden auch Großspenden und Unmengen an Wahlplakaten nichts ändern: Die Zeit für den Wechsel ist gekommen. Baden-Württemberg braucht eine neue Politik. Unser Land braucht einen neuen politischen Stil. Denn die Menschen wollen nicht mehr, dass über ihre Köpfe hinweg regiert wird. Und unser Land braucht neue politische Ideen.

Ein 15-Jähriger hier aus Stuttgart hat mir vor ein paar Tagen eine spannende Frage gestellt. Er denkt darüber nach, bei den Jusos mitzumachen. Er hat mich also gefragt: „Wann weiß man denn eigentlich, dass man ein Sozialdemokrat ist?“ Darauf könnte man ganz viel antworten. Der gewissenhafte Kassier im Ortsverein würde vielleicht sagen, wenn die Mitgliedsbeiträge immer pünktlich überwiesen werden. Man kann es aber auch ganz einfach sagen. Wenn man jenen, die gefallen sind, aufhilft. Wenn man jenen, die sich hoch arbeiten wollen, beim Aufstieg hilft. Wenn man jenen, die es auf ihrem Weg schwer haben, die Steine aus dem Weg räumen will. Dann ist man ein Sozialdemokrat. Wir machen Politik für die, denen der Erfolg nicht in die Wiege gelegt wurde. Deshalb sind wir die Integrationspartei. Ein Viertel der Menschen in Baden-Württemberg hat einen Migrationshintergrund. Ihr alle kennt mich gut. Ich weiß aus persönlicher Erfahrung, dass Vielfalt eine Chance ist und keine Bedrohung. Fragen wir also nicht, wo jemand herkommt, fragen wir lieber, wohin wir gemeinsam gehen wollen. Denn Herkunft darf kein Schicksal sein, dafür stehen wir Sozialdemokraten.

Wir machen Politik für all jene, die sich anstrengen. Für die wirklichen Leistungsträger unserer Gesellschaft. Und die tragen hier im Ländle keine Nadelstreifen und die kassieren keine Boni. Nein, die schaffen beim Daimler, beim Bosch oder bei Porsche und krepeln die Ärmel hoch. Die pflegen ihre Eltern, arbeiten als Verkäuferin und ziehen gleichzeitig ihre Kinder groß. Oder sie fahren Taxi, trainieren die Fußballmannschaft von ihrem Sohn und versuchen auf dem Abendgymnasium auf den Weg zu kommen, den ihnen das 3-gliedrige Schulsystem versperrt hat.

Wir machen Politik für all jene, die heute noch am Rand stehen, aber endlich wieder dazugehören wollen. Für die Leih- und Zeitarbeiter, die für eine sichere Zukunft arbeiten. Für all die Arbeitslosen, die Bewerbungen schreiben und endlich auf eine neue Chance hoffen. Für all jene, die schon lange das Vertrauen in die Politik verloren haben.

Und deshalb werden wir Baden-Württemberg zum Musterland guter Arbeit machen. Mit Arbeit, von der die Menschen gut leben können und die ihre Würde wahrt. Die Teilhabe ermöglicht und Frauen und Männern gleichen Lohn für gleichwertige Arbeit sichert. Mit Mindestlohn statt Dumpinglohn. Mit selbstbewussten Belegschaften, denn die Mitbestimmung macht unsere Unternehmen stark.

Und deshalb werden wir Baden-Württemberg dynamischer und ökologischer machen. Mit ökonomischer Vernunft, sozialer Gerechtigkeit und ökologischer Verantwortung. Ohne Atomkraft, dafür mit erneuerbaren Energien. Mit einer EnBW, die wir Schritt für Schritt vom Atom-zum Sonnenkonzern umbauen. Mit neuen Konzepten, damit sich das „Autoland“ Baden-Württemberg zum „Mobilitätsland“ weiterentwickelt, zur industriellen Herkammer Europas entwickelt und auch in Zukunft stark ist.

Und deshalb werden wir Baden-Württemberg sozialer machen. Indem wir die Gesundheit nicht zum Luxusgut werden lassen. Indem wir die Ganztagsbetreuung ausbauen und Familien dabei helfen, Familie und Beruf unter einen Hut zu kriegen. Indem wir Gleichstellung nicht nur in Sonntagsreden fordern, sondern in der Regierungsarbeit verwirklichen.

Und deshalb werden wir Baden-Württemberg gerechter machen. Dabei geht es um Bildung, Bildung, Bildung. Wir werden den skandalösen Zusammenhang von sozialer Herkunft und Bildungschancen in Baden-Württemberg aufbrechen. Wir werden das Recht auf einen gebührenfreien Bildungsweg vom Kindergarten bis zur Hochschule verwirklichen. Wir werden die Studiengebühren abschaffen.

Die heutige Regierung denkt, dass sie am besten weiß, was gut für unsere Kinder ist. Ich denke, dass die Eltern, Lehrer und Kinder selbst am besten wissen, was gut für unsere Kinder ist. Darum werden wir den Schulen mehr Eigenständigkeit geben. Darum werden wir den Eltern echte Wahlfreiheit geben, etwa bei G8. Und darum werden wir den Weg zur 10-jährigen Schule im Dialog mit allen Beteiligten vor Ort gemeinsam gehen. Zu lange wurde über die Köpfe der Menschen hinweg regiert. Diesen Politikstil schicken wir am 27. März in die Opposition.

Und deshalb werden wir Baden-Württemberg demokratischer machen. Willy Brandt hatte völlig recht: Die Demokratie ist keine Frage der Zweckmäßigkeit, sie ist eine Frage der Sittlichkeit. Wir haben Vertrauen zu den Menschen und werden die Hürden für Volksbegehren und Volksabstimmungen senken. Wir treten dafür ein, dass Volksinitiativen, Volksbegehren und Volksabstimmungen in Zukunft ganz selbstverständlich zur demokratischen Kultur in Baden-Württemberg gehören. Denn das modernste Land braucht die modernste Demokratie.

Liebe Genossinnen und Genossen, über mich wird geschrieben, ich sei „ehrlich und differenziert“,. Und es stimmt, ich bin ehrlich und differenziert. Ich sage was richtig ist, nicht was am besten ankommt. Denn ich werde mich niemals verbiegen. Nicht im Wahlkampf und nicht als Ministerpräsident.

Über mich wird geschrieben, ich sei „ein absoluter Experte meines Fachs“. Und es stimmt, ich weiß wovon ich rede. Ich weiß, wo ich hin will. Und ich bleibe sachlich. Warum? weil es mir um die Sache geht.

Über mich wird geschrieben, ich sei weltoffen und damit das perfekte Gegenmodell zu Stefan Mappus. Und es stimmt, ich begreife Vielfalt als Chance. Ich setze meinen Willen nicht ohne Rücksicht auf Verluste durch. Und ich setze auf Vertrauen zu den Menschen statt auf Vetterleswirtschaft mit meinen Kumpels.

Die Alternative ist klar: Show oder Substanz. Kompetenz oder Kumpanei. Mappus oder Schmid.

Wir werden sie überzeugen. Denn nur eine Stimme für die SPD ist eine sichere Stimme für eine neue Politik. Wer nicht nach Wegen zum Kommunismus sucht, sondern nach Wegen zu mehr sozialer Gerechtigkeit, kann nur SPD wählen. Wer sicher gehen will, dass es keine grün-lackierte CDU-Politik, sondern eine echte Alternative gibt, kann nur SPD wählen. Und wer will, dass Baden-Württemberg gerechter und ökologischer wird und gleichzeitig wirtschaftlich stark bleibt, kann nur SPD wählen.

Liebe Genossinnen und Genossen, Baden-Württemberg braucht einen echten Wechsel. Die Alternativen liegen klar auf dem Tisch. Es geht um Dialog oder Alleinherrschaft. Um Gemeinwohl oder Klientelpolitik. Um Chancen für alle oder Chancen für wenige. Und ich denke ich spreche euch aus dem Herzen, wenn ich sage: 58 Jahre sind genug. Ihr wollt keine große Koalition. Ich will keine große Koalition. Wir kämpfen für einen echten Wechsel.

Ohne schwarze Donnerstage. Ohne Verfassungsbruch wie bei ENBW. Ohne Filz und Vetterleswirtschaft. Genug ist genug.

Wir haben das Programm für den Wechsel. Wir haben das Personal für den Wechsel. Lasst uns aufstehen. Lasst uns rausgehen. Lasst uns kämpfen. Damit der Wechsel Wirklichkeit wird.